

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 89

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatl. 3200.— M. ohne Bestellgeld.

Halver
Montag, den 7. Mai 1923

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 60.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 150.— M.,
Offerten-Befolgung und Auskunft 100.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die französische Regierung wird die deutsche Note ablehnen und voraussichtlich eine Reihe von Gegenforderungen aufstellen.

* In Werben a. d. Ruhr begann der Prozeß des französischen Kriegsgerichts gegen die Direktoren der Firma Krupp.

* In Dorst im Ruhrgebiet sind innerhalb von zehn Tagen 45 Fälle von Ausplünderungen wehrloser Einwohner durch zum Teil betrunkenen Franzosen festgestellt worden.

* Im Preussischen Landtage entstand zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine heftige Schlägerei, so daß die Sitzung ausgesetzt wurde.

* Nächster Tage treffen in Rom Lord Curzon und Bonar Law ein, so daß man Besprechungen von höchster Bedeutung erwartet.

Frankreichs Ablehnung.

„Nicht eher wird Frankreich zu Verhandlungen bereit sein, als bis Deutschland sich als Besiegter erklärt“, hatte Poincaré, hatte die französische Presse, soweit sie als maßgebend betrachtet werden kann, immer und immer wieder erklärt; nur Optimisten in Deutschland konnten annehmen, daß irgend eine deutsche Note mit einem noch so weitgehenden Angebot auf Frankreich einen Eindruck machen, der Herrn Poincaré zum Niederstehen am Verhandlungstisch veranlassen könnte. Was so oft betont wurde, es handelt sich bei dem Kampf zwischen uns und Frankreich für uns um Leben und Tod. Denn Frankreichs Ziele sind nicht wirtschaftlicher, sondern machtpolitischer Art.

Das kommt ganz deutlich zum Vorschein in der Art, wie der offiziellen Mitteilung gemäß der französischen Ministerrat die deutsche Note ablehnt. Die Vorschläge seien unannehmbar, und zwar wegen der gestellten Bedingungen und wegen des Mangels an Garantien. Also an erster Stelle stehen die „Bedingungen“. Das soll natürlich nichts anderes heißen als: „Bedingungen“ kann im Kampf nur jemand stellen, der sich noch nicht „als Besiegter erklärt“ hat; Frankreich verlangt aber einen bedingungslosen Vorschlag. Verlangt Unterwerfung, bedingungslose Unterwerfung. Wir aber wollen „den Geist der Verständigung“ über den Verhandlungen walten lassen. Verhandlungen — das soll es aber überhaupt nicht geben, verlangt Poincaré; die finden statt zwischen Gleichberechtigten, und Deutschland hat nur die Rolle des „Besiegten“ zu spielen.

Die „Garantien fehlen“ — obwohl die deutsche Regierung ausdrücklich geschrieben hat in jener Note, daß sie bereit sei, für die von ihr angebotenen Leistungen spezielle Garantien zu bestellen, daß der gesamte deutsche Besitz und alle Einnahmequellen des Reiches bereits durch den Versailler Vertrag verpfändet seien; daß das Anleihenkonfession und die Reparationskommission nun diese Haftung greifbar gestalten und die Garantien im einzelnen bestellen solle. Daß sogar die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit für die Deckung des Anleihebedarfs herangezogen werden solle. Aber das ist ja alles gleichgültig. Frankreich will „Pfänder“. Wirtschaftlich umhüllt es seine politischen Sehnsüchte und nimmt dabei in Kauf, daß wie das Ruhrgebiet die Bestimmung dieser Pfänder ein wirtschaftlicher Mißerfolg allerersten Ranges ist. Und da fällt auch dem französischen Ministerrat ein, daß er der Sache doch auch wieder ein wirtschaftliches Moment einbringen muß, und er erklärt so hinterher und nebenbei die Vorschläge der deutschen Regierung als unannehmbar auch deswegen, weil die gegebenen Ziffern für die Reparationsleistungen unzulänglich seien. Man besteht eben auf seinem Pfund Fleisch nahe dem Herzen, besteht auf den 132 Milliarden Goldmark, die vor zwei Jahren die Londoner Konferenz uns auferlegen wollte. Und wie Schloß weicht man das Messer, um sich das Fleisch herauszuschneiden. Jedes weitere Wort ist überflüssig: mit dem Frankreich gibt es keine Verständigung, keine Verhandlungen. Man hat in Paris die Antwort fertig und hat sie nach Brüssel geschickt; in London und Rom will man diese Antwort, die eine lange Begründung der französischen Ablehnung enthalten soll, sofort mitteilen. Das heißt natürlich nichts anderes als auf die andern alliierten Mächte einen moralischen Druck ausüben versuchen. Das Experiment, das Poincaré bereits einmal, auf der Londoner Konferenz im Dezember vergangenen Jahres veranfaßte, soll wiederholt werden. Damals erhob sich Poincaré sofort nach dem Eintreffen der deutschen Vorschläge und erklärte sie von Anfang bis zu Ende als unannehmbar. Was sollte Bonar Law machen? Mit einer halben Ablehnung und einer halben Annahme zog er sich heraus; aber praktisch fielen die deutschen Angebote unter den Tisch. Jetzt ist Lord Curzon, sein Vertreter, wieder vor diese Situation gestellt. Ein Erfolg für uns wäre es zweifellos, wenn Curzon sich von dieser moralischen, oder vielmehr unmoralischen Bindung freimachen und die Antwort Frankreichs als Meinungsäußerung einer einzelnen Macht betrachten würde. Eine gewisse Hoffnung darauf besteht; die englischen liberalen Mächte sind einseitig der Ansicht, daß die deutsche Note als Verhandlungsgrundlage geeignet sei.

Der dem augenblicklichen Ministerium nahestehende Pariser „Temps“ gibt wohl die Absichten der französischen Regierung wieder, wenn er mitteilt, daß die französische Antwort absolut verneinend sei; das heißt, in der Begründung der Ablehnung keinerlei Gegenangebote entwickeln werde. Vor allem aber müsse sie rasch erfolgen, damit die deutsche Politik bereitete werde, die sich an die Welt wende. Hier haben wir in drei Sätzen das Ziel und den Geist der französischen Politik. In der deutschen Note war ausdrücklich gesagt, daß wir entschlossen sind, in

unserem Widerstand so lange zu verharren, bis Frankreich uns als Gleichberechtigte anerkennt. Das waren wir nie in der letzten Ecke eines jeden „wahren“ französischen Herzens. Dort sitzt noch der Geist eines Ludwig XIV., eines Napoleon, der Europa, auch Deutschland, beherrschte. Für den „wahren“ Franzosen gibt es kein gleichberechtigtes Deutschland. 1870 erzwangen wir uns diese Gleichberechtigung; das vergaß man uns nie.

Poincaré hat neulich in intimen Kreise erklärt, er wolle dafür sorgen, daß die französische vorläufige Herrschaft über Deutschland, die der glückliche Krieg jetzt Frankreich verliehen habe, zu einer endgültigen werden solle. Es wird wohl doch nicht ganz so schnell gehen, wie er sich das eingebildet hat; denn jetzt, nach der schroffen Ablehnung, weiß der letzte Deutsche, daß er um Heimat und Volk, um Leben und Tod kämpft.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Erleichterung des Wohnungsaustausches.

Der Reichswirtschaftsratsausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen hat im Anschluß an die Beratung des Gesetzes zur Abhilfe des Wohnungsmangels in einer einstimmig angenommenen Entschließung eine Regelung auf folgender Grundlage in Vorschlag gebracht: Der Tausch von selbstständigen Wohnungen mit Zustimmung der Vermieter ist freigegeben. Der Tausch ist binnen einer Woche dem Wohnungsamt anzuzeigen. Die von den Parteien abgeschlossenen Mietverträge sind nur gültig, wenn die Anzeige erstattet ist und die Anzeigenden sich im rechtmäßigen Besitz selbstständiger Wohnungen befinden.

Auseinandersetzung mit den Fürstenthümern.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag im Reichstag eingebracht: „Die Länder werden ermächtigt, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenthümern, soweit sie noch nicht stattgefunden hat, durch ein Landesgesetz vorzunehmen. Im Falle der Einteilung erfolgt die Entschädigung unter Berücksichtigung der vom Staate zu übernehmenden Lasten und der Unterhaltsbedürfnisse der ehemals regierenden Familie, unterliegt aber dem freien Ermessen des Gesetzgebers unter Ausschluß des Rechtsweges.“

Sierung über die deutsche Einigkeit.

Bei dem Begrüßungsabend zur Eröffnung der Breslauer Technischen Messe nahm der preussische Handelsminister Sierung das Wort namens der preussischen Staatsregierung und des am Erscheinen verhinderten Landwirtschaftsministers. Dem deutschen Fleische neue Absatzmöglichkeiten zu erschließen, sei der Zweck der Messe und die historische Aufgabe Schlesiens. Wir wollen nicht anderes, führte der Minister aus, als ein Anrecht darauf, mit unseren Erzeugnissen in Wettbewerb mit anderen Völkern zu treten. Hierzu ist Einigkeit aller Bevölkerungsstufen notwendig, wie sie augenblicklich in dem heroischen Kampfe der Ruhrbevölkerung in die Erscheinung tritt. Nur diese Einigkeit kann uns die Kraft verleihen, uns zu besserer Zukunft durchzurufen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Mitte Januar abgeschlossene, bis zum 30. April d. Js. bereits einmal verlängerte deutsch-spanische vorläufige Handelsabkommen ist um weitere zwei Monate, d. h. bis zum 30. Juni d. Js., verlängert worden.

Berlin. Der Ausschuss für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschloß, in diesem Jahre von einer Verlesung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal in der Wandelhalle abzusehen.

München. Hier fanden in der Nacht auf Freitag mehrere Schießereien zwischen sozialistischer Jugend und Nationalsozialisten statt, wobei zwei Personen verwundet wurden.

Karlsruhe. Der Badische Landtag hat mit allen gegen vier kommunistische Stimmen den Zentrumsabgeordneten Dr. Baumgartner zum Präsidenten gewählt.

Haag. Die Erste Kammer hat den Gesetzentwurf über die zeitweilige Einschränkung der Einfuhr von Schuwaren angenommen.

London. Der Beschluß, eine Abordnung der parlamentarischen industriellen Gruppe nach Berlin zu entsenden, ist aufgehoben worden.

Bresburg. Die Grenzstreitigkeiten zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei sind beigelegt und der normale Zustand wieder hergestellt worden.

Moskau. Das allrussische Kirchenkoncil, das 350 Delegierte verschiedener Gruppen zählt, wurde eröffnet. Man erwartet von dem Koncil eine gründliche Reformation der orthodoxen Kirche im Anschluß an die Entwicklung der Gegenwart.

Deutscher Reichstag.

(346. Sitzung.) OB. Berlin, 4. Mai.

Zuerst beschäftigte man sich heute mit der Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfes über verschärften Verfassungsschutz. Es handelte sich dabei um die Abstimmung, bei der vor der letzten Sitzungspause durch die Sozialdemokraten Beschlußfähigkeit herbeigeführt wurde.

Kompromiß in der Versammlungsfreiheitsfrage.

Abg. Brodau (Dem.) erklärte, die Demokraten und das Zentrum würden in der 2. Lesung für den Versammlungsfreiheitsgesetz stimmen, um so den Weg zu ebnen für die Annahme des inzwischen vereinbarten Kompromißantrages der von den bürgerlichen Parteien mit erheblichen Widerständen formuliert worden ist, in dritter Lesung.

Danach wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Rechte angenommen. Ferner wurde angenommen, aber gegen die Linke, ein Antrag des Abg. Dr. Kahl (D. Volksp.), der die Bezeichnung der Geldstrafe auf eine Million beschränkt.

Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wurde alsdann der Entwurf in folgender Fassung angenommen: „Wer nichtbeteiligte Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, wird mit Gefängnis, neben dem auch auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft.“ — Hierauf trat man in die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsarbeitsministeriums

Abg. Andree (Zentr.) warnte vor einer Überproduktion in sozialpolitischen Gesetzen und Verordnungen. Der Redner dankte weiter unter dem Beifall des Hauses den Gewerkschaften für ihre Haltung im Ruhrkonflikt. Der passive Widerstand müsse dort mit allen Kräften fortgesetzt werden. Der Redner ging hierauf auf den Achtstundentag ein, und als er bemerkte, daß Ausnahmen des Achtstundentages notwendig seien, entstand auf der Linken großer Lärm. Ferner stellte der Redner den Antrag, die Beiträge für das internationale Arbeitsamt in Genf zu kürzen.

Abg. Thiel (D. Volksp.) verlangte größere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Die katastrophale Geldverwertung mache auch Maßnahmen zur Hilfe für die Krementner notwendig. Weiter verlangte der Redner eine Besserstellung der leitenden Beamten der Angestelltenversicherung. Der Mißbrauch der jetzigen Entwurfslosgeminderungen habe sich geradezu zum öffentlichen Skandal entwickelt.

Abg. Schürmer (Bayer. Volksp.) trat für bessere Versorgung der Privatpensionäre und der Kriegsbeschädigten ein und befragte die Beteiligung von Arbeitern und Angestellten an den industriellen Unternehmungen durch Kleinaktien. Zum Schluß wandte sich der Redner gegen die Devisenkontrollen, durch die die Marktabstufung gefährdet und damit die Marktwirtschaft erschwert werde. Die so handeln, sind nach den Worten des Abg. Stresemann als Lumpen zu betrachten. (Rufe links: „Und was tut Stinnes?“) Bei den gewaltigen Preissteigerungen, die jetzt stattfinden, darf nicht mehr von einer Lohnstabilisierung gesprochen werden. Die Löhne sind weit zurückgefallen. Seit dem Beginn des Ruhrstreikes haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren Forderungen zurückgehalten. Um so verbrecherischer wirkt der Streich, der an der Börse gespielt worden ist. (Beifall links und beim Zentrum.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

bedauerte die im Ausschuss an seinem Haushalt vorgenommenen Streichungen. Dadurch werde die Arbeit sehr erschwert. In der Unfallversicherung werde die Abfindung der Krementner vorbereitet. Solange die Verhältnisse so im Fluß sind wie jetzt, läßt sich die Reichsversicherungsordnung nicht neu festlegen. Den Anträgen auf Austritt aus dem internationalen Arbeitsamt müssen wir entgegenstehen. Unsere Mitgliedschaft dort ist aus Gründen der äußeren Politik und aus sozialpolitischen Gründen notwendig. Das Arbeitsgesetz wird nächstens dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugehen. Wir wollen die sozialpolitische Gesetzgebung möglichst vereinfachen, können aber unmöglich alle die verschiedenen Gesetze zusammenwerfen. Die Löhne können ebenso wenig wie die Unterstützungssätze der Erwerbslosen mechanisch einem Index angepaßt werden.

In der Lohnpolitik

will das Arbeitsministerium seine Zuständigkeit behaupten. Wir lassen den Schiedsstellen ihre Selbständigkeit, müssen aber das Recht haben, ihnen gewisse Informationen zu geben. Ich weiß nicht, ob es nötig ist, das Ministerium noch mit einer besonderen Denkschrift über das Kleinrentenwesen zu belasten. Ich halte an dem Grundsatz unserer Sozialpolitik fest und betrachte namentlich die Rechtfertigung, die der Arbeiter in Staat und Wirtschaft erlangt hat, als unantastbar. (Beifall.)

Abg. Eichhorn (Komm.) beantragte nunmehr die Vertagung der Sitzung, weil der Minister offenbar keine Zeit mehr habe und andererseits der kommunistische Redner nicht in Abwesenheit des Ministers reden wolle.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwiderte, er habe nur deshalb vor dem kommunistischen Redner gesprochen, weil er eine Arbeitsordnung aus dem Aachener Bezirk nicht noch länger warten lassen wolle.

Da der Vertagungsantrag nicht ausreichend unterstützt wurde, gingen die Verhandlungen weiter, und es sprach der Abg. Matzahn (Komm.), der das Verhalten des Ministers als eine Mißachtung und Herausforderung der oppositionellen Arbeiterschaft bezeichnet. Der Redner griff darauf den Zentrumsabgeordneten Andree an. Wenn dieser Abgeordnete seine heutige Rede vor Ruhrarbeitern gehalten hätte, wäre ihm eine kräftige Massage zuteil geworden. In seinen weiteren Ausführungen betämpfte der Redner das Reichsarbeitsministerium wegen seiner Haltung in Lohnfragen und in verschiedenen anderen Angelegenheiten.

Damit schloß die Sitzung, und das Haus vertagte sich auf morgen.

Schlägerei im Preussischen Landtag.

(237. Sitzung.) tt. Berlin, 4. Mai.

Auf der Tagesordnung steht als erster Gegenstand die namentliche Abstimmung über den Entschließungsantrag der Deutschnationalen, dem Minister des Innern, Severing, das Vertrauen zu entziehen. In namentlicher Abstimmung wird mit 248 gegen 79 Stimmen und einer Enthaltung das

Mißtrauensvotum gegen Severing abgelehnt.

Nach der Abstimmung will Abg. Schulz-Neudöhl zur Geschäftsordnung über die gleiche Angelegenheit sprechen, wird aber vom Präsidenten Leinert daran gehindert. Abg. Schulz macht die Bemerkung, man solle Leinert statt zum Präsidenten zum Redakteur eines Wipplartes machen. (Große Unruhe im Hause.) Der Präsident läßt sich aber auf nichts ein und die Erklärung nicht zu, fordert vielmehr den Abg. Schulz auf, der weitere Angriffe gegen den Präsidenten, die Sozialdemokraten und den Landtag überhaupt macht, die Rednertribüne zu verlassen, was schließlich erzwungen wird.

Kommunisten und Sozialdemokraten im Handgemenge.

Der kommunistische Abg. Kats beginnt nunmehr wieder das Verlangen, seine Erklärung abgeben zu wollen, zu begründen, nennt den Landtag ein „Komödienhaus“ und wendet sich mit scharfsten beleidigenden Ausdrücken gegen den Präsidenten Leinert und seine Parteifreunde, die Sozialdemokraten.

Präsident Leinert: Nachdem ich von der Erklärung Einsicht genommen habe, erkläre ich auf Grund der Geschäftsordnung, daß sie nicht verlesen werden kann. Abg. Kats ist der Schluß der Geschäftsordnungsdebatte beantragt.

Abg. Kats ruft den Sozialdemokraten zu: „Schmieriges Gefindel!“ Als der Abg. Kats die Tribüne verläßt, geraten sozialdemokratische Abgeordnete mit ihm in einen Faustkampf. Anheurer Lammert tobt im Saal, die Tätlichkeiten auf der

außersten Sinken werden allgemein, einige Abgeordnete tragen aufstrebend Verleumdungen davon. Der Präsident verläßt seinen Sitz und das Durcheinander wird allgemein.

Etwas zehn Minuten später erscheint Präsident Leinert wieder und erklärt: Auf Grund der Geschäftsordnung schließt die Abgeordnete des Hauses von der Sitzung aus. (Ständiger Beifall bei den übrigen Parteien.) Ich fordere den Abgeordneten jetzt auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Sitzung ist auf eine halbe Stunde vertagt.

Abg. Kay erneut ausgeschlossen.

Nach einstündiger Unterbrechung eröffnet Präsident Leinert auf neue die Sitzung mit der Erklärung, daß der Abg. Kay, der seiner Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht nachgekommen sei, bis auf weiteres von den Sitzungen ausgeschlossen sei. Der Präsident gibt seinem tiefen Bedauern Ausdruck über die vorgekommene Schlägerei, das sei das Schlimmste, was in einem Parlament vorkommen könne. Der Ältestenrat habe inzwischen beschloffen, Verleumdungen des Präsidenten, die gleichzeitig Verleumdungen des Landtages seien, nicht mehr ungerügt vorbeigehen zu lassen. Der Präsident schließt: Den Abg. Kay habe ich wiederholt aufgefordert, den Saal zu verlassen. Er hat es nicht getan. Ich schließe die Sitzung.

Der Ältestenrat trat nochmals zu einer Sitzung zusammen. Es verlautet, daß der Abg. Kay, der auf acht Tage von den Sitzungen ausgeschlossen ist, und der Aufforderung, den Sitzungssaal zu verlassen, nicht Folge geleistet hat, auf weitere 15 Tage ausgeschlossen werden soll.

Die französischen Forderungen.

Die Grundzüge der französischen Antwort.

Aber den mutmaßlichen Inhalt der französischen Antwort auf die deutsche Note wird in Paris halbamtlich mitgeteilt, daß die Antwort außer einer eingehenden Kritik der Vorschläge des Reichsfinanzministers in juristischer, finanzieller und politischer Hinsicht auch noch die allgemeinen Grundsätze enthalten werde, von denen die französische Politik gegenüber Deutschland für die Regelung des Reparationsproblems ausgehe.

Die französische Regierung werde in keine Verhandlungen mit Deutschland eintreten, bevor nicht im Ruhrgebiet der von der deutschen Regierung organisierte Widerstand beendet sei.

Das belgische Kabinett teile diese Meinung. Ferner könne die französische Regierung keine andere Diskussionsgrundlage, als den Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 zulassen, den Deutschland freiwillig unterschrieben habe. Dieser Zahlungsplan sehe in erster Linie die Emission der Schatzbons A und B im Werte von fünfzig Milliarden Goldmark vor. Die französische Regierung sei nicht geneigt, die Herabsetzung ihres Anteils an der deutschen Schuld im Betrage von 26 Milliarden anzunehmen. Sie könne die teilweise Streichung der deutschen Schuld nur ins Auge fassen, wenn sie sicher sei, daß die Alliierten die Möglichkeit einer Revision oder einer anderen Regelung ihrer Forderungen an Deutschland zulassen. Aus anderer Quelle verlautet weiter, daß in dem entmilitarisierten Rhein- und Ruhrgebiet eine internationale Verwaltung der Eisenbahnen und Bergwerke eingerichtet werden soll. Sobald Deutschland dieser Verwaltung und den Reparationszahlungen zugestimmt habe, werde Frankreich die Besetzung dieser Gebiete sofort „unmöglich machen“ und sich jeglichen Eingriffes in die Zivilverwaltung, in den Verkehrsapparat und das Wirtschaftsleben enthalten. Schließlich sei ein Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich vorgesehen.

Die Haltung Belgiens.

Wie verlautet, will sich die belgische Regierung nicht darauf beschränken, eine rein negative Antwort an Deutschland zu senden, sondern die an Deutschland zu richtende ablehnende Note so eingehend auszuführen, daß die deutsche Regierung in der Lage sei, daraus zu entnehmen, wie deutsche Vorschläge ungefähr gehalten sein müßten, um eine Verhandlungsbasis zu bieten.

Kohlenpreis und Bergarbeiterlöhne.

Einstweilen keine Preiserhöhung.

Die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um 10 bis 13 % hat diesmal nicht die befürchtete Kohlenpreiserhöhung zur Folge gehabt. Die Organe der Kohlenwirtschaft beabsichtigen sich in einer Konferenz in Berlin mit der Erörterung der Kohlenpreisfrage. Anträge auf Preiserhöhung wurden nach einer vorhergegangenen Vereinbarung mit dem Reichswirtschaftsministerium nicht gestellt.

Herbes Schicksal.

Roman von H. Courths-Mahler.

78)

Nachdruck verboten

Sie schüttelte den Kopf, aber ihre Augen strahlten ihn in unverhüllter Liebe an.

„Wie danke ich Ihnen für diese Worte, Sie werden mein ganzes Leben erfüllen und mit Licht und Sonne füllen. Aber ich will Ihrer Liebe wert bleiben, Hoffe Sie, daß ich Ihre Frau nicht werden. Gestern Abend hörte ich auf der Veranda in Gerlachshaus einige Herren über Sie und mich sprechen, ohne daß jemand von meiner Anwesenheit wußte. Und aus diesen Reden hörte ich, was ich mir auch schon vorher selbst gesagt hatte, daß ich dem Manne, dem ich meine Hand reichen würde, denselben Mafel aufbürden müßte, der auf meinem Namen ruht.“

Er schüttelte heftig den Kopf und küßte ihre Hände. „Nein, nein, solche Gedanken dürfen Sie sich nicht machen. Wie werde ich es bereuen. Sie können doch nicht dafür, daß Ihren Eltern ein Unglück betraf. Ich weiß, daß Sie meiner Liebe wert sind, und das allein ist ausschlaggebend für mich. Ich erkenne kein Hindernis an zwischen uns, Sie dürfen keines zwischen uns aufbauen.“

Mit einem schmerzlichen Lächeln sah sie ihn an. „Nicht ich baue es auf, sondern das Schicksal hat es getan. Drängen Sie nicht weiter in mich, Sie wissen nicht, wieviel Kraft ich nötig habe, um fest zu bleiben. So gern ich alles vergessen möchte, was trennend zwischen uns steht, ich darf es nicht. Und so weh es mir tut, Ihnen einen Schmerz zufügen zu müssen durch meine Weigerung, ich muß es dennoch tun, um Sie vor einem größeren Unglück zu bewahren. Alle Welt wird Sie verdammen, wenn Sie Ihren Namen mit dem meinen verbinden.“

„Sanna, liebe Sanna, dies alles habe ich schon bedacht und erwogen. Glauben Sie doch nicht, daß ich unüberlegt handle. All diese Bedenken sind so nichtig und machlos. Ich weiß, was ich tue. Und ich sage Ihnen frei heraus, was Ihr Vater auch getan hat, ich würde an seiner Stelle nicht anders gehandelt haben. Und Ihre Mutter war schuldlos. Nichts steht zwischen uns, als ein unglückliches Verhängnis, dem Ihre Eltern zum Opfer fielen. Wenn es die Welt mit anderen Augen betrachtet

es wurde auf Antrag der Geschäftsführung beschlossen, die Entwicklung der allgemeinen Preisverhältnisse zunächst abzuwarten und die Lohnerhöhungen fürs erste ohne Preiserhöhungen auf die Werte zu übernehmen. Die Vertreter des Bergbaues betonten, daß sie mit Rücksicht auf die politische und wirtschaftspolitische Lage und mit Preiserhöhungen in der Kohlenverbraucher-Industrie nach Möglichkeit hinhaltend, Opfer zu bringen bereit seien.

Eine andere Frage ist es, ob die Bergarbeiter mit den zugebilligten Lohnerhöhungen sich zufriedengeben. Die Ruhrbergarbeiter sind der Ansicht, daß die 13prozentige Lohnerhöhung, die ihnen zugesprochen wird, nicht im entferntesten das Anziehen der Lebensmittelpreise in den letzten Wochen auszugleichen imstande ist. Die am nächsten Sonntag stattfindende Konferenz der Bergarbeiter Deutschlands wird möglicherweise für den gesamten Bergbau die Ablehnung der beschlossenen Lohnerhöhung bringen.

Krupp vor dem Kriegsgericht.

Die französische Justizkomödie.

S. Werden, 4. Mai.

Das kleine Städtchen Werden an der Ruhr, das in letzter Zeit so viel genannt wurde, weil in dem dortigen Rathaus, einem alten Klostergebäude, zahlreiche Deutsche von den Franzosen eingesperrt wurden, ist heute der Schauplatz eines besonders trassen französischen Gewalttates. In einem großen Saale der Stadt — das Amtsgericht bietet nicht genug Raum — findet der Prozeß gegen Herrn Krupp von Bohlen und Halbach und die Direktoren sowie mehrere Mitglieder der Werksleitung statt, denen eine Schuld an den blutigen Vorgängen in Essen vom Oftersonabend zugewiesen wird. Zur Sicherheit des französischen Kriegsgerichts sind

starke französische Truppenabteilungen

nach Werden geleitet worden. Die Truppenabteilungen setzen sich aus Radfahrerkompagnien, Panzerwagenabteilungen und Abteilungen mit schweren Maschinengewehren zusammen. Um die Mittagsstunde wurde die Ruhrbrücke bei Werden abgesperrt. Es werden nur Personen in die Stadt gelassen, die Personal ausweise haben, die von der Stadtverwaltung Werden selbst ausgestellt sind. Die Absperrung soll sich auf vier Tage erstrecken. Von französischer Seite werden Demonstrationen der Kruppischen Arbeiter nach Werden befürchtet, eine Furcht, die völlig sinnlos ist, denn in den Kruppwerken wird auch an den Verhandlungstagen ruhig gearbeitet. Herr Krupp v. Bohlen und Halbach und die übrigen Verhafteten sind in Zellen im Amtsgerichtsgefängnis zu Werden untergebracht. Die Verpflegung hat das rote Kreuz übernommen. Das Verfahren richtet sich auch gegen solche Mitglieder der Werksleitung, die zurzeit nicht in Essen weilen, sondern in diesen schweren Zeiten in Berlin tätig sind, um die ständige Fühlung mit den Regierungsbehörden und den zentralen Wirtschaftsstellen zu pflegen. Mit militärischer Pünktlichkeit erschienen um 9 Uhr im Saal die Mitglieder des französischen Kriegsgerichts. Der Saal ist nur mäßig vom Publikum besetzt, und nur Werdener Einwohner und Inhaber besonderer für den Prozeß ausgeteilter Karten werden durchgelassen. Das französische Kriegsgericht besteht aus Offizieren vom Leutnant bis zum Oberst von der 77. Division. Beim Eintritt präsentiert die Wache, aber das Publikum bleibt sitzen. Nachdem der Gerichtshof Platz genommen hat, erscheinen die Angeklagten. Als erster Herr Krupp v. Bohlen und Halbach. Als er den Saal betritt,

erhebt sich das deutsche Publikum.

Der französische Gendarmenkapitän, der die Aufsicht über den Saal führt, ist ebenso erstaunt wie der Gerichtshof selbst und winkt lebhaft ab. Nach Feststellung der Personalien der Angeklagten verliest der Gerichtsschreiber die Anklageschrift, in welcher den Beschuldigten ein Komplott und Machinationen gegen die Sicherheit der französischen Truppen, Verstoß gegen die Verordnung Nr. 22 vom 7.3.23, eventuell Störung der öffentlichen Ordnung und Verstoß gegen die Verordnung vom 11. 1. 23 vorgeworfen wird. Nach dem Zeugnisauftrag ergreift namens der Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Grimm das Wort und legt mit rein juristischen Gründen noch einmal gegen die Rechtmäßigkeit der französischen Gerichtsbarkeit gegen deutsche Bürger Protest ein. Obgleich dem französischen Staatsanwalt vorher von diesem Vorgehen Mitteilung gemacht worden war, benutzte dieser die Gelegenheit zu einer scharfen und ausfallenden politischen Rede. Die Verteidigung verjagt darauf, ihm in dieser Richtung zu folgen. Rechtsanwalt Moriaud-Gens sprach sein Bedauern über dieses Vorgehen des Staatsanwalts aus. Darauf zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und erklärte sich nach längerer Beratung für *sta n d i g*.

Die Vernehmung Krupps.

Mit der Vernehmung Krupp v. Bohlen wurde dann die eigentliche Verhandlung eröffnet. Er sollte zunächst Auskunft geben über Aufsichtsrat, Direktorium und Arbeitsverhältnisse der Firma, was längere Zeit in Anspruch nahm, und dann müßte er die Vorgänge vom 31. März schildern, soweit er sie selbst beobachten konnte. Er erklärte, daß er jeden Tag zur Fabrik gehe, ebenso habe er das auch am 31. März getan. Wenn in der Anklageschrift steht, daß er erst gerufen worden sei,

— sollen wir uns um das Urteil der Welt unglücklich machen? Wer darf sich vermessen, Ihre Eltern zu richten? Ich nicht, meine geliebte Sanna. Aus freiem Herzen, in tiefer Überzeugung wähle ich Sie zu meiner Gattin, und wenn Sie mein Glück wollen, so werden Sie mein eigen.“

Sie erzitterte unter seinen stehenden Blicken. Aber ihr Entschluß war unabänderlich.

„Nein, ich kann nicht — ich darf nicht. Drängen Sie mich nicht mehr. Ich habe mir selbst in dieser Nacht unter heißen Schmerzen geschworen, daß ich lieber sterben will, als Ihnen einen solchen Mafel aufzubürden, unter dem Sie, das weiß ich ganz gewiß, leiden müßten, wie ich selbst darunter leiden muß. Seien Sie barmherzig und machen Sie mich nicht ganz einsam und elend, indem Sie mir ob meines Entschlusses zürnen und mich meiden in Zukunft. Nie, niemals werde ich meine Hand einem Manne reichen, nie einen andern lieben, als Sie. Ganz still will ich in Glosow meine Tage beschließen, und mein einziges Glück wird der Gedanke sein, daß Sie mir nicht zürnen. Ich habe Sie ja so lieb — so lieb — viel zu lieb, als daß ich Ihnen ein Leid antun möchte. Seien Sie gut zu mir und glauben Sie mir, es ist für Sie notwendig, daß ich Ihnen meine Hand verweigere. Nichts kann mich in diesem Entschluß wankend machen.“

Es lag ein so zwingender Wille in ihren Worten, daß er sich, keines Wortes mächtig, über ihre Knie neigte und sein blaßes Antlitz in ihrem Schoße barg.

„Woher soll ich noch den Mut nehmen, gegen Ihren Entschluß anzukämpfen?“ flüsterte er, „wenn Sie solchen Schwur abgelegt haben. Kann ich nichts tun, um Sie umzukommen, nichts, das Sie losreißen könnte von Ihren angstvollen Gedanken?“

Erflos schüttelte sie den Kopf und krampfte die Hände zusammen.

„Ein Wunder — ein Wunder müßte geschehen, ein Wunder, daß mich frei macht von dem Mafel, der auf meinem Namen ruht. Aber — es geschehen keine Wunder mehr.“

„Und wenn ich Ihnen sage, daß ich ein unglücklicher Mensch werde, daß mein Leben wertlos ist, wenn Sie es nicht mit mir teilen.“

Angstvoll faßte sie nach seinen Händen.

„Nein — nein — das dürfen Sie mir nicht sagen. Erbarmen Sie sich doch, ich kann nicht anders. Zerreißen Sie mir nicht das Herz. Verzeihen Sie mir — oh, verzeihen Sie

so sei das ein Irrtum. Ihm ist allerdings von einem Diener mitgeteilt worden, daß das Wort besetzt worden sei. Ferner erklärte er: „In der Anklageschrift steht: Ich sei gekommen, weil ich gerufen worden sei. Ich betone: Ich bin gekommen, ob w o h l ich gerufen worden bin.“ An jenem Vormittag fand

eine Sitzung des Direktoriums

statt, weil einer der Direktoren wichtige Mitteilungen zu machen hatte über das Ergebnis einer Berliner Reise, die sich auf die Regelung von finanziellen Angelegenheiten bezogen. Er stellt fest, daß nur eine Sirene geblut hat, und glaubte, daß daraufhin nur ein Teil der Arbeiterkraft herauskommen würde. Während der Besprechung hielt sich die Direktion auf dem laufenden über das, was in der Straße geschah. Sie erfuhr, daß die Deputation zu General Jacquemont nach Bredeben gegangen war. Dann ertönten Schüsse. Die Direktoren stürzten auf den Korridor zum Fenster. Herr b. Bohlen erklärte,

daß die Sirenen um 11 Uhr geschwiegen, und daß keinerlei Zeichen auf der Straße wahrzunehmen waren, die auf feindliche Absichten der Menge schließen ließen.

Dann wurde Herr v. Bohlen gefragt, ob ihm nicht der Gedanke gekommen sei, etwas gegen die Demonstration zu unternehmen, weil sie vielleicht zu einem Unglück führen könnten. Er erwiderte, daß ihm dieser Gedanke überhaupt nicht gekommen sei, weil derartige Demonstrationen schon in ungeschätzten Fällen vorher in anderen Werken stattgefunden hätten und er selbst Ähnliches bereits auf dem Werk erlebt habe, ohne daß auch nur ein einziges Mal die Ordnung gestört worden sei. Nach weiteren Fragen über die Stärke und Tätigkeit der Feuerwehr auf dem Werk und nach der angeblichen Anwesenheit früherer Schutzpolizisten unter der Arbeiterjohannis wurde die Verhandlung vertagt.

Locales und Provinziales.

Salver, 7. Mai 1923.

□ Zur Wetterlage. Die außerordentlich ungleichmäßige Luftdruckverteilung zu Anfang der ersten Maiwoche hatte zunächst ziemlich veränderliches Wetter zur Folge. Im Laufe der Woche besserte sich dann die allgemeine Wetterlage. Das über Westeuropa lagernde Hochdruckgebiet drang über Nordwest- und Mitteldeutschland bis zur pommerischen Küste vor. Bei anstrebendem Himmel stiegen die Temperaturen wieder sehr schnell; so meldeten am 3. Mai Dresden 16, München und Evinemünde 20, Frankfurt a. M. 22 Grad Celsius. Die Tagesdurchschnittstemperaturen lagen im Westen 3 bis 4, in Mittel- und Norddeutschland 1 bis 2 Grad über, im Osten und Südosten dagegen etwas unter den Normalwerten. Gegen Ende der Woche verschlechterte sich das Wetter wieder. Das Herannahen neuer Tiefdruckgebiete wird auch für die nächsten Tage ziemlich veränderliches Wetter nach sich ziehen.

□ Vorauszahlung auf die Einkommensteuer. Am 15. Mai d. J. ist eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer fällig. Sie beträgt ein Viertel der für das Jahr 1921 im Steuerbescheid festgesetzten Steuer. Seitdem hat sich jedoch das Einkommen der Steuerpflichtigen außerordentlich stark erhöht. Für diesen Fall ist im Gesetz eine Erhöhung der Vorauszahlungen durch die Finanzämter vorgesehen. Die Finanzämter sind angewiesen, von dieser Ermächtigung in geeigneten Fällen, besonders dann Gebrauch zu machen, wenn die tatsächlich geleisteten Vorauszahlungen in einem auffälligen Mißverhältnis zum gegenwärtigen Einkommen stehen. Von einer Erhöhung der Vorauszahlungen durch besonderen Bescheid wird in der Regel nur dann abgesehen werden, wenn als Vorauszahlung ein Viertel der Steuer gezahlt wird, die sich nach der Steuererklärung für 1922 ergibt. Den Steuerpflichtigen wird daher empfohlen, wenn sie nicht einen besonderen Bescheid erhalten, am 15. Mai ein Viertel des Betrages zu entrichten, der auf das in ihrer Steuererklärung für 1922 angegebene oder auf das geschätzte Einkommen des Jahres 1922 nach dem mit der Steuererklärung überlieferten Tarif entfällt. Steuerpflichtige, deren Einkommen im Jahre 1922 überwiegend dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterlegen hat, brauchen ihre Vorauszahlung nicht zu erhöhen.

Herdede, 4. Mai. In der Ruhr ertrunken. Gestern nachmittag gegen 2 1/2 Uhr ist hier in der Ruhr, unterhalb des Biaduktes, ein junger Mann ertrunken. Er hatte versucht, die Ruhr an dieser Stelle zu durchqueren und ist dabei abgetrieben worden. Es handelt sich um einen jungen Mann im Alter von 25—30 Jahren, der scheinbar von auswärts kam, keinen Paß hatte und deshalb durch ein Durchschreiten der Ruhr der französischen Kontrolle ausweichen wollte. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden. Die Polizei in Herdede nimmt Nachrichten zur Aufklärung dieses Falles entgegen.

mir, daß ich in Ihr Leben trat. Und bleiben Sie mir ein treuer Freund wie bisher, ich will Ihnen so dankbar sein,“ fließte sie hervor, von Schmerz und Angst geschüttelt.

Da sah er, daß er jetzt nichts über sie vermochte und daß er nicht weiter in sie dringen durfte.

„Mein armes, liebes Kind, meine arme Sanna — seien Sie ruhig, fassen Sie sich. Wenn ich Sie mir nicht als Frau erringen kann, dann muß ich glücklich sein, wenn Sie sich wenigstens meine Freundschaft gefallen lassen wollen. Aber eins muß ich Ihnen sagen: Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß Sie doch noch anderen Sinnes werden. Ich will nicht aufhören, um Sie zu werben und will Sie überzeugen, daß Sie einem tüchtigen Mann unser Glück opfern wollen. Nein, nein — wehren Sie nicht ab, ohne Hoffnung dürfen Sie mich jetzt nicht lassen. — Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzen, daß Sie mir gesagt haben, wie lieb Sie mich haben. So glücklich macht mich dies Geständnis trotz allem. Und weil ich weiß, daß Sie mich lieben, weil ich weiß, wie groß und tief meine Liebe ist, deshalb gebe ich die Hoffnung nicht auf. Liebe kann Berge versetzen, Liebe kann Wunder tun — ich hoffe auf dies Wunder und will daran glauben, daß es geschieht, mit aller Kraft meines Herzens. Und bis dahin will ich Ihr treuester, ergebenster Freund sein. Sind Sie mit diesem Versprechen zufrieden?“

Sie umklammerte seine Hände, als müßte sie sich daran halten, damit sie ihn nicht verlor.

„Ich habe dich viel zu lieb, als daß ich dich lassen könnte,“ fließte er heiser hervor und sprang auf, um von ihr fortzutreten, weil er seiner selbst nicht mehr mächtig war.

Mit brennenden Augen starrte er den Laufsteig entlang. In der Ferne sah er Hans und Lanie auftauchen, die langsam näher kamen.

Da wandte er sich wieder nach Sanna um, die bleich und erschüttert im Strandkorb zurückgeunken war und die Hände fest auf das klopfende Herz drückte.

„Bitte, fassen Sie sich, mein gnädiges Fräulein. Das glückliche Brautpaar wird gleich hier sein,“ sagte er, sich gewaltig zur Ruhe zwingend.

Sie sah zu ihm auf mit einem Blick, der ihn erschütterte. Und dann richtete sie sich gerade empor und faltete die Hände wie im Gebet.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirtschaftliches.

Die Neuregelung der Getreidewirtschaft.

Am 1. Mai waren die Vertreter der Kreise der Reichsregierung zu einer Besprechung eingeladen worden, in der Dr. Luther den neuen Gesetzesentwurf über die Neuregelung der Getreidewirtschaft erklärte und begründete. Er führte etwa folgendes aus:

Nach der bereits Ende vorigen Jahres eingetommenen Stellung der Reichsregierung und der Entscheidung des Reichstages vom 12. April 1923, wonach die Sicherung des Bedarfs an Brotgetreide durch eine gebundene Wirtschaft nicht mehr möglich ist, daher von einer weiteren Getreideumlage abgesehen werden muß, findet die Getreideumlage mit Beendigung des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres ihren Abschluß. Damit ist die Aufgabe gegeben, die Brotversorgung des deutschen Volkes im kommenden Wirtschaftsjahr auf andere Grundlage zu stellen. Diesem Zweck dient ein Gesetzesentwurf, der von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften eingelegt wird.

Da die inländische Versorgung zu einer geordneten Brotversorgung nicht ausreicht und eine beträchtliche Getreidezufuhr notwendig ist, müssen Vorkehrungen getroffen werden, um unter diesen Umständen eine reibungslose Regelung der Brotversorgung zu sichern. Zu diesem Zwecke erscheint es notwendig, daß eine Reserve in der Hand der Regierung vorhanden ist. Der Entwurf sieht eine solche Reserve in Höhe einer Menge bis zu 3 1/2 Millionen Tonnen vor. Diese Reserve soll aber auch die Möglichkeit einer Einwirkung bei ungerechtfertigten Preisgestaltungen für das Inlandsgetreide geben. Wenn es nicht gelingen sollte, die Reserve-Getreidemengen durch Verträge aufzubringen, sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, daß die Regierung eine Mindestmenge Getreide im Wege der Umlage, trotz der gegen die Umlage bestehenden Bedenken, von der Landwirtschaft erhält, und zwar soll diese Umlage auf 1 1/4 Millionen Tonnen erstreckt werden. Zu wiederholten Malen ist, namentlich auch vom Reichs-Landbund, gefordert worden, daß für die Bedürftigen eine besondere Fürsorge bei der Brotversorgung eintreten müsse. Dieser For-

derung trägt der Entwurf Rechnung. Da die allgemeinen Staatseinkünfte mit solchen Ausgaben nicht mehr belastet werden können, und in schneller und einfacher Weise durchgeführt werden müssen, ist die Erschließung einer einmaligen Quelle vorgesehen, und zwar soll eine Abgabe in Höhe der Zwangsanleihe erhoben werden. Dem Zwangsanleihepflichtigen wird die Verpflichtung auferlegt, einen Steuerbetrag einzuzahlen, welcher der bereits festgesetzten Zwangsanleihe entspricht.

Einkommen aus Verpachtungen.

Die dem Reichs-Landbund nahestehenden Reichstagsabgeordneten Schiele und Genossen haben folgende „Kleine Anfrage“ an den Reichsfinanzminister gerichtet:

Dem Vernehmen nach hat der Herr Reichsminister der Finanzen die Finanzämter angewiesen, die Bestimmungen des § 33b des Einkommensteuergesetzes nicht auf die Einkommen aus verpachteten Grundbesitz anzuwenden. Eine derartige Umweisung trägt in der Mehrzahl der Fälle den Verhältnissen des verpachteten Grundbesitzes nicht Rechnung. Der Herr Reichsminister der Finanzen stützt diese Umweisung auf die gesetzliche Vorschrift, daß die §§ 33a und b nur für Einkommen aus selbstbewirtschaftetem Grundbesitz Anwendung zu finden haben. In den weitaus meisten Fällen muß jedoch auch der Verpächter als Selbstbewirtschafteter angesehen werden, da er häufig das Inventar und die Gebäude nicht an den Pächter abgetreten hat und die Lasten der Erhaltung der Gebäude und des Inventars ganz oder zum Teil trägt. Es erscheint daher unbillig, dem in solcher Weise an der Bewirtschaftung beteiligten Verpächter die Vorteile insbesondere des § 33b vorzuenthalten. Ueberall da, wo der Verpächter an den Lasten der Gebäude oder des Inventars (Gebäude-Reparaturen, Ergänzungsbauten, Versicherungsprämien, Grund- und Gebäudesteuer usw.) teilnimmt, ist daher zu fordern, daß ihm im Verhältnis seiner Beteiligung an diesen Lasten die Bestimmungen des § 33b zugebilligt werden.

Ist der Herr Reichsminister der Finanzen bereit, die hiernach zur Erhaltung des Anlagekapitals des verpachteten Grundbesitzes erforderlichen Umweisungen zu erlassen?

Ein Vierteljahr Ruhrhilfe.

Von der Sammelstelle für die Ruhrhilfe des Reichs-Landbundes in Minden sind in den beiden letzten Wochen an Lebensmitteln weitergeleitet bzw. abgerufen worden 511 Wagen mit 103 151 Ztr. Kartoffeln, 16 040 Ztr. Getreide, 3004 Ztr. Mehl, 1424 Ztr. Hülsenfrüchte, 45 Ztr. Zucker, 1712 Ztr. Fleischwaren und Fett, 370 Ztr. Butter, 4314 Ztr. verschiedene Lebensmittel, 2395 Stück Eier, 164 Stück lebendes Vieh.

In dem damit beschlossenen ersten Vierteljahr der Ruhrhilfe der Landwirtschaft sind somit insgesamt 3052 Wagen Lebensmittel seitens der Landwirtschaft aufgebracht. Bis zum 21. 4. d. J. lagen bereits für 1413 Waggons und 208 Stückaufwendungen Empfangsbefestigungen vor. Damit befindet sich annähernd die Hälfte der gesamten bisherigen landwirtschaftlichen Ruhrspenden in den Händen der Empfänger.

Berücksichtigt man, daß bis zum 31. März nur erst ein Viertel, bis zum 14. April schon ein Drittel der bis zu diesen Daten aufgeführten Mengen, heute aber bereits die Hälfte der bisherigen Spenden ihre letzte Bestimmung erreicht hat, so ist auch diese Entwicklung der Organisation der Aufbringung und Verteilung der landwirtschaftlichen Ruhrspenden ein Beweis für die auch technisch erfolgreiche Durchführung der Ruhrhilfeaktion.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Mai 3200,— Mk. ohne Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezahler und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Berlin, 5. Mai. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 34550.

Schriftleitung: Wlth. Bell jr., Halber i. Westf.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten was man hat,
Muß scheiden.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 8 1/2 Uhr unser innigstgeliebtes Töchterchen und Schwesterchen

Irmgard

nach langem Leiden im Alter von fast 10 Monaten zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

In tiefem Schmerz:

Familie Carl Ehringhaus.

Reeswinkel b. Schalksmühle,
den 5. Mai 1923

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 8. Mai, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Als Mitglieder des Vorstandes der Amtsparkasse Halber sind auf eine weitere Amtsdauer von 6 Jahren gewählt und bestätigt worden:

1. Fabrikant Richard Winkhaus in Cart-hausen, Vorsitzender
2. Bäcker August Schulz in Schalksmühle, Mitglied,
3. Landwirt Karl Hefendehl in Becke, Mitglied.

Halber, den 3. Mai 1923. Der Amtmann.

In unser Handelsregister Abt. A unter Nr. 146 ist am 2. Mai 1923 die offene Handelsgesellschaft in Firma Funke & Crone mit dem Sitz zu Kierspe-Bahnhof eingetragen.

Gesellschafter sind: 1. der Kaufmann Wilhelm Funke und der Fabrikant Fritz Crone beide zu Kierspe-Bahnhof. Die Gesellschaft hat am 1. April 1922 begonnen

Amtsgericht Meinerzhagen.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Gemeinde Schalksmühle.

Auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen vom 27. März 1923 sind einige wichtige Änderungen in der Krankenversicherung eingetreten. — Das Nähere ist aus dem in der Geschäftsstelle befindlichen Anschlag ersichtlich.

Schalksmühle, 5. Mai 1923. Der Vorstand.

Die hervorragendsten
Instrumente u. Künstler-
platten

Grammophon

unübertroffene Welt-
marke

Spezialvertr.

Roth & Junius,
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29



Jetzt ist es Zeit

sich durch Anzahlung seinen

Pfingstanzug

zu sichern.

Ries. Auswahl. Staunend bill. Preise. Bequeme Teilzahlung

Seidemann Altenhag-Brücke 3 Hagen

Herren- und Damen-Konfektion - - - Manufakturwaren

Automobil-

Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
Goldene u. silberne Medaillen.
Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften.



Gerner u. Co. Hagen
Eberfelderstr. 80 G.m.b.H. Fernruf. 3380

Drehstrom motore

220/380 Volt, sofort lieferbar
weit unter Fabrikpreis

1 St.	3 PS.	710	Umdreh.	S. S. W.
1 "	3 "	950	"	B. E. W.
4 "	5 "	950	"	D. E. W.
2 "	7,5 "	960	"	D. E. W.
4 "	10 "	1450	"	D. E. W.
2 "	12,5 "	1450	"	A. E. G.
1 "	30 "	950	"	Colonial
1 "	125 "	720	"	D. E. W.

ferner sofort ab Lager, äußerst preiswert

Gleichstrom - Motore

110, 220, 440 Volt, verschied. Größen,
Umdreh. und Fabrik.

Elektrizitäts-Gesellschaft

Brückner & Co., Hagen i. W.

— Telefon Nr. 259 und 3916. —

Alleinmädchen

m. guten Zeugn. sofort
gesucht. Lohn 30 000 Mk.,
bei besonderen Leistungen
mehr.

Frau Prof. Schmalenbach,
Cöln-Marienburg.

Die modernsten

Damen

Kleider, Mäntel,
Kostüme, Blusen und
Röcke erhalten Sie

auf bequeme

Teilzahlung

ohne jeden Preis-
aufschlag, wovon Sie
sich überzeugen wollen,
bei

Schiffeliers

Hagen,
Eberfelderstr. 96.

Alte Bleirohre

u. sonstige Almetalle

kauft ständig

Friedr. Ernst Häusler,

Kierspe-Bhf.,
Telefon 143, Meinerzhagen

Tabak

empfiehlt

Fr. S. Bohner,
Schalksmühle

Neu eingetroffen:

GARDINEN

Stores von **8500.-**

Etamine von **6000.-**

Spannstoff **5500.-**

Borden von **1950.-**

Alles nur Qualitäten!

GERHARD

Hagen i. Westf.
Altenhagenerstr. 34.

Theod. Becker,

Kierspe-Bahnhof, 234

Büro: Hauptstraße 767.

Lager und Geschäftslokal: Hauptstraße 627.

— Telefon Nr. 72, Amt Meinerzhagen. —

Sämtl. Schuhmacherbedarfs-Artikel

Leder, Gummi, Eisenwaren,
Gummiabsätze, -Sohlen, -Platten
u. Klebstoffe „Fimeha“ (Alleinverkauf)
Arbeitsschuhe, Schnürbänder
in Leder, Macco und Eisengarn,
Sohlen im Ausschnitt an Jedermann.

Alleinverkauf der von der Firma Kurt Becker,
Berlin hergestellten Lederabsätze
und -Sohlen.

Vertretung der Papier- und Packmaterialien-
Großhandlung August Liese, Hagen i. W.

Bereinigte Turn- und Spiel-

Bereine Halber,

Männer - Gesang - Verein

„Fiedertafel“-Halber,

Wander-Vereinigung

„Westfalentum“-Halber.

Am Himmelfahrts-
nachmittage

gemeinsamlicher

Familien-Ausflug

nach Egen. Abmarsch
12 1/2 Uhr von den Ver-
einslokalen.

Bahreiche Beteiligung
erwarten

Die Vorstände.

Bürsten-Waren

Kleiderbürsten

Hutbürsten

Reisbürsten

Haarbürsten

Wagelbürsten

Waschbürsten

Abreibbürsten

Handseger

Haarbesen

Strahlenbesen

empfiehlt

Wlth. Bell jr., Halber.